

schaubühne

Pressemitteilung

Aufruf an die Bundesregierung zur Schaffung eines Programms für verfolgte Künstlerinnen und Künstler

Die Meinungsfreiheit und die Freiheit von Wissenschaft und Kunst sind in unserem Grundgesetz verankert. Sie bedürfen zu ihrer Verteidigung des Einsatzes engagierter Bürgerinnen und Bürger. Wer die Freiheit der Kunst angreift, der will in Wahrheit die demokratische Freiheit einer Gesellschaft in Frage stellen.

Das dürfen wir nicht zulassen. Nicht bei uns und auch nicht in anderen Ländern. Das Schicksal verfolgter Kolleginnen und Kollegen in der Türkei oder in Russland, wie das von Kirill Serebrennikov, aber auch von Tausenden anderen, zum Beispiel im Nahen Osten und in Nordafrika, geht uns alle an: ihre Freiheit ist unsere Freiheit.

Diese Künstlerinnen und Künstler im Ausland, aber auch diejenigen, die aus dem Ausland zu uns fliehen, brauchen unsere Solidarität und darüber hinaus auch eine konkrete Unterstützung, eine Lebensperspektive.

Wenn wir uns dieser Aufgabe stellen, erfüllen wir auch eine historische Verpflichtung. Denn viele Länder, aus denen heute Künstlerinnen und Künstler fliehen müssen, haben zur Zeit der NS-Diktatur den verfolgten und vertriebenen deutschen Intellektuellen Zuflucht geboten. Gerade die Türkei ist dafür ein besonders eindrucksvolles Beispiel.

Wir fordern deshalb die Politik auf, sich dieses Problems endlich mit Nachdruck anzunehmen. Die deutsche Außenpolitik hat mit der Philipp Schwarz-Initiative und mit der Theaterinitiative gemeinsam mit dem Deutschen Bühnenverein und anderen einen ersten Schritt unternommen. Das ist ein Anfang, aber es muss mehr geschehen.

Unser Ziel ist es, dass nicht nur zehn oder hundert unserer Kolleginnen und Kollegen in Deutschland unter auch wirtschaftlich würdigen Bedingungen als Künstler tätig sein können, sondern dass pro Jahr mindestens eintausend solcher Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Wir fordern hiermit die nächste Bundesregierung eindringlich auf, die finanziellen Mittel für ein solches Programm zur Verfügung zu stellen und versprechen im Gegenzug, uns dafür einzusetzen, dass jeder der Aufgenommenen in einer unserer Institutionen - Theater, Museen, Ausstellungshäusern und Festivals – arbeiten kann. Wir möchten Leiterinnen und Leiter anderer staatlich subventionierter Häuser auffordern, sich uns anzuschließen und verfolgte Künstlerinnen und Künstler in ihren Institutionen aufzunehmen.

Es unterzeichnen:

Marion Ackermann, Generaldirektorin Staatliche Kunstsammlungen Dresden
Amelie Deuflhard, Intendantin Kampnagel Internationale Kulturfabrik GmbH
Dieter Kosslick, Festivaldirektor Berlinale Internationale Filmfestspiele Berlin
Shermin Langhoff, Intendantin Maxim Gorki Theater
Matthias Lilienthal, Intendant Münchner Kammerspiele
Joachim Lux, Intendant Thalia Theater
Thomas Ostermeier, Künstlerischer Leiter Schaubühne Berlin
Wolfgang Tillmans, Bildender Künstler
Annemie Vanackere, Intendantin HAU Hebbel am Ufer
Stefan Weber, Direktor Museum für Islamische Kunst im Pergamonmuseum
Peter Weibel, Ausstellungskurator und Kunst- und Medientheoretiker, ZKM Karlsruhe

Pressekontakte:

Antonia Ruder
Leitung Kommunikation Schaubühne Berlin
Tel. 030 89002 147
Mail: aruder@schaubuehne.de

Johanna Lühr
Presse Schaubühne Berlin
Tel. 030 89002 138
Mail: jluhr@schaubuehne.de

Katrin Dod
Pressebüro Münchner Kammerspiele
Tel: 089 233 36820
Mail: katrin.dod@kammerspiele.de

Berlin, 18.09.2017